

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Soban & Comp., Nr. 1262.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Stamtkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Streifenband für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Komparatelle 9,00 M., Familienanzeigen 6,50 M., die 3spaltige Komparatelle 5,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabenermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 2 M.

Nr. 184

Dresden, Mittwoch den 9. August 1922

33. Jahrg.

## Ubrüstung der Faschisten?

In mehreren Städten Italiens war in den letzten Wochen der Generalfest ausgedehnt als Protest gegen den Terror, der mit großkapitalistischen Geldern geführten faschistischen Verbänden. Die organisierten Arbeiter forderten von der Regierung, daß sie gegen die Nebenregierung dieser Verbände vorgehe und die Gesetzmäßigkeit wieder herstelle. Im Verlaufe des Streits kam es zu Kämpfen zwischen Streikenden und den mobilisierten Faschisten, die den Streik nach bewährtem Brodo-Rezept niederzuwerfen suchten, indem sie wiederum Gebäude der Sozialisten niederbrannten und Streikende niederstießen. In diesen Kämpfen, in denen es Tote und Verwundete gab und drüber gab, mußte endlich die Staatsgewalt eingreifen und Herstellung der Gesetzmäßigkeit versprechen, worauf der Streik abgebrochen wurde. Ueber die „Demobilisierung“ der faschistischen Verbände meldet der „Crab“:

Nam, 8. August. Die Faschistenpartei zeigte in einer Besondere an, daß der Generalsekretär der Partei alle Zweigverbände telegraphisch zur Ubrüstung aufgefordert habe. Der heutige Tag verlief ruhig. In ganz Italien leben die Faschisten in ihrer Sammelplätze zurück. Die Maßnahmen der Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung erweisen sich als wirksam.

Es muß abgewartet werden, gegen wen sich die Maßnahmen der Regierung als „wirksam“ erweisen. Wahrscheinlich hat sie sich mit den Faschisten verständigt — bis zur nächsten faschistischen „Mobilisierung“. Ueber diese der Anarchie nahe kommende Zustände in Italien meldet eine römische sozialistische Korrespondenz unterm 4. August:

Wenn der Massenstreik geplatzt hat, daß heute wie gestern die organisierten Arbeiter den Anweisungen ihrer Organisation Folge leisten, während die Arbeitslosen dem faschistischen Terror und dem faschistischen Gelde unterliegen, so hat er aber auch gezeigt, daß der gesetzliche Protest in der heutigen Phase des innerpolitischen Lebens Italiens nicht mehr am Platze ist. Man kann sich nur auf den Boden der Legalität stellen, wenn ein solcher Boden da ist. Aber aus den bürgerlichen Blättern selbst entnimmt man in beliebigem Umfang das Beweismaterial, daß dies nicht der Fall war. In Genua waren 7600 auswärtige Faschisten zusammengezogen. Und doch war der Verkehr mit Kraftwagen verboten, ebenso wie die öffentlichen Ansammlungen. Und die Faschisten hatten sich öffentlich versammelt, waren voll bewaffnet mit Karabinern ausgerüstet und keiner hatte ihnen ein Haar gekrümmt. Ihre Abgeordneten besetzten Städte und die bürgerliche Presse hat ihren Spaß daran!

Dieses Verhalten der faschistischen Scharen von einer Stadt zur andern ist eine charakteristische Erscheinung der ganzen Bewegung. Man könnte meinen, daß die Faschisten von Ancona doch sehr gut die Arbeitstaktik von Ancona, die von Umbrien die umbrischen Niederbrennen könnten. Das ist aber nicht der Fall: das ganze Brennen freut die Faschisten nicht, wenn nicht auch etwas Wandern dabei ist. Erstens reißt man umsonst auf den Staatsbahnen: „Mobilisierung“ sagen die Jungchen, wenn man sie nach dem Bilette fragt; dann soll es empfehlenswert sein, wenn die Strafgebühren mit Wänderung nicht von „Einheimischen“ borgenommen werden. Es ist besser, wenn die „Kriegsstraßen“ nicht an demselben Ort verwendet werden, wo man sie erbeutet hat. Das sind so Feinheiten, die der nichtfaschistische Teil nicht recht versteht.

Nun hat das alte Kabinett in seinen Reihen einen neuen Mann: den Minister des Innern, den Senator Taddei, der wegen seiner Energie bei dem Niederschlagen der kommunistischen Unruhen in Turin und Ancona „bekannt“ ist. Von ihm rührt aus den Tagen von 1917 in Turin ein Befehl her, gewisse Strafen mit Maschinenengewehren abzuführen und diese Arbeit nicht einzustellen, selbst wenn notorisch Unbefähigte in die Schußlinie kommen sollten. Taddei ist als „harter Mann“ gerufen worden; sollte er nicht auch ein geistreicher Mann sein, so wird er zum Glück seines Landes werden. Kann er die Faschisten nicht im Zaume halten und will er seine „Kraft“ an dem Proletariat auslassen, wird man Tage erleben, die sich würdig an diese drei Augusttage anreihen, was Verdrüßlichkeit und materieller Werte betrifft.

Die Faschisten hatten, gleich nach Proklamierung des Massenstreiks, eine „Mobilisierungsbefehl“ erlassen, in der sie der Regierung achtundvierzig Stunden Zeit ließen, die Ordnung wiederherzustellen; nach Verlauf dieser Frist würden sie die Staatsgewalt übernehmen. Sie wußten, daß der Streik auf achtundvierzig Stunden anberaumt worden war, und rechneten ganz richtig darauf, ihn durch dieses Ultimatum zu verlängern, was auch gelungen ist. Einzelne Scharen haben auch sehr lieblich die „Regierungsgewalt“ übernommen, indem sie zum Beispiel in Rom Punkt zwölf Uhr nachts Verhaftungen vornahmen oder androhten.

Daß man nach all dem auf den Gedanken verfallen konnte, eine „Einheitsfront“ vorzuschlagen, in der Mussolini, der Faschistenführer, und Turati, der Sozialist, zusammenwirkten, beweist den völligen Mangel an Schamgefühl, der die bürgerliche Presse kennzeichnet. Wenn man beim Bürgerkrieg nur entgegen kann, indem sich alle gemeinsam im Not vertrieben, dann ist der Bürgerkrieg vorzuziehen. Man kann mit dem Gegner Frieden schließen, den man achtet. Man kann dem die Hand reichen, der schlechte Politik treibt, nicht dem, der mit dieser Politik ein gutes Geschäft macht. Wenn dem italienischen Proletariat nur die Wahl bliebe, zwischen dem Brandgranaten der Faschisten und dem Bündnis mit ihnen, so zieht es immer noch die Brandgranaten vor. Die Regierung mag überlegen, ob es nicht ist, dem Proletariat nur diese Wahl zu lassen.

## Ablehnung der französischen Forderungen

Zusammenstoß der Sachverständigen — Kein Ultimatum Poincarés — Haufe in Industriekreisen

Die Aussprache der alliierten Finanzminister und Sachverständigen in der getrigen Nachmittagsession war außerordentlich erregt, und es kam mehrfach zu ersten Zusammenstößen zwischen dem englischen Finanzminister und dem französischen Minister Delaferrière. Die britischen Sachverständigen erklärten, daß die Alliierten schon auf Grund der früher getroffenen Abmachungen über präzise und produktive Pfänder verfügen, wie z. B. die 26prozente Abgabe von der deutschen Ausfuhr und die Inanspruchnahme der Summe für Reparationszwecke. Uebrigens hätte der im Mai vorigen Jahres eingeführte Garantienausfluß die Machtbefugnis, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, wenn er es für notwendig erachtet.

Finanzminister Delaferrière habe erwidert, daß Deutschland sich nicht mehr seinen Verpflichtungen in Bezug auf die Abgabe vom Export entziehe, wie es das mit dem Rest seiner Schuld tue. Wenn andererseits Deutschland für die schwebenden Schulden ein Moratorium bewilligt werde, könnten die ergriffenen Maßnahmen nicht mehr angewendet werden.

Es verlautet, daß aus dem Bericht des Sachverständigenausschusses hervorgehe, daß die Mehrheit des Ausschusses gegen die Errichtung einer Zollschranke und gegen die Erhebung von Steuern in dem besetzten Gebiet ist. Die Vorschläge, betreffend die Beschlagnahme von Bergwerken und Forsten, seien ebenso verworfen worden, doch soll ein System von Garantien erwogen werden, das die Lieferung von Rohle und Holz an die Alliierten sichert. Auch der Vorschlag, Deutschland solle sich einverstanden erklären, den Alliierten Kursen an den industriellen Konsumgütern zu gewähren, sei abgelehnt worden. Die von Italien ausgesprochene Ansicht, es liege ein Widerspruch darin, ein Moratorium zu gewähren und gleichzeitig deutsches Eigentum zu beschlagnehmen, habe günstig auf die Verhandlungen gewirkt.

Die zunächst entstandene Sorge, daß Poincaré Rede ein Ultimatum darstelle, und daß sie die Alternative der uneingeschränkten Annahme oder des selbständigen Vorgehens Frankreichs enthalte, wurde durch die Intervention Chamberlains zerstreut, der Poincaré zur Erklärung veranlaßt hat, während der Grundbesitz der Kontrolle anerkannt werden müsse, ihre endgültige Form eine offene Frage bleibe.

Einer der Haupteinwürfe Lloyd Georges gegen Poincarés Vorschlag war, daß die anzuwendende Methode sich im Gegensatz zu den früheren Sanktionen im Rheinlande bezieht machen müßte.

### Die Rede Lloyd Georges

In seiner Rede auf der Konferenz führte Lloyd George ferner aus: Die deutsche Regierung habe offenbar die verschiedenen Teile des Reiches nur unvollkommen in der Gewalt.

### Bayern

zum Beispiel habe in der Entwaffnungsfrage Schwierigkeiten gemacht. Man wisse, daß Bayern auch in anderen Angelegenheiten eine selbständige Haltung einnehme. Trotzdem habe der Garantienausfluß im großen und ganzen einen günstigen Verlauf über Deutschlands Bemühungen erlitten. Steuern einzuziehen. In dieser Beziehung arbeite Deutschland nicht schlecht. Es sei wahr, daß Deutschland über seine schwierige Lage Klagen erhebe. Die Versicherungen des Schuldners dürften aber nicht ohne Rücksprache hingenommen werden. Aber

es handle sich bei Deutschland nicht um bloßes Gejammer. Wenn ein Mann erkläre, er sei krank, so sei das vielleicht nicht wahr. Aber wenn man ihm das Thermometer in den Mund stecke und dieses steige auf 104, so würden seine Versicherungen gewiß Beachtung finden müssen. Deutschlands Wechselkurs habe 4000 M. für ein Pfund Sterling erreicht. Dies müsse von den alliierten Staatsbankrottären in Rechnung gezogen werden.

## Der unschuldige Geflügel!

Die Berliner Wälder mitteilen, hat der Reichswehrminister Dr. Geßler jetzt dem Reichsheere offiziell Kenntnis von der Erklärung gegeben, die er dem Reichstage über die Vorgänge bei der Hindenburgfeier in Königsberg abgegeben hat. In einem Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem er um Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Reichswehr bittet, erklärt der Minister: Ich lege Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, daß eine derartige Untersuchung mir als der beste Weg erscheint, um die systematische Lügenpropaganda gegen das Heer in aller Öffentlichkeit aufzuklären.

Daß du die Nase im Gesicht behältst! — würde Onkel Präfik sagen. „Lügenpropaganda“ nennt es dieser famose demokratische Reichswehrminister, wenn Republikaner aus Verlegenheit um die Republik energisch auf die monarchistischen Reaktionen in der Reichswehr hinweisen. Statt jeder weiteren Auseinandersetzung wollen wir hersehen, was in der südlichen Zeitung ins Stammbuch schreibt: es sind die Bemerkungen eines Mannes, der die Reichswehr aus nächster Nähe kennen gelernt hat:

„Die militärpädagogische Arbeit Geßlers hätte nach den Erfahrungen der Kapp-Zage nach zwei Richtungen einsehen müssen. Zunächst richtungslos Zwangspensionierung aller als „Monarchisten“ bezeichneten Offiziere

Es sei nicht der Ansicht, daß man Deutschland von irgend einer Zahlung, die es zu leisten imstande sei, entbinden könne. In der deutschen Zahlung seien alle interessiert. Es handle sich aber nur um die geeignete Methode. Unter diesem Gesichtspunkt solle auch jede Sanktion geprüft werden. Er könne sich nicht erinneren, daß es die Alliierten jemals abgelehnt hätten, Sanktionen gegen Deutschland anzuwenden, wenn Frankreich sie vorgeschlagen habe, außer wenn Frankreich mit den Alliierten darüber einig war, daß sie nutzlos seien. In Spa wurde vorgeschlagen, das Ruhrgebiet zu besetzen. Das sei nicht geschehen, nachdem einige maßgebende Militärs diesem Vorschlag wegen der großen Schwierigkeiten, mit der Zivilbevölkerung des Ruhrgebietes fertig zu werden, widersprochen hätten. Die Alliierten hätten daher einhellig gegen diese Maßnahme gestimmt.

Als andererseits Briand vorschlug, Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu besetzen und eine Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland zu errichten, hätten die andern Alliierten nicht nur zugestimmt, sondern Großbritanniens habe erklärt, seine Flotte heranzuziehen zu wollen, um nötigenfalls diese Sanktionen zu verstärken.

Lloyd George sagte weiter: Wenn Poincaré auf die Vergangenheit zu sprechen komme, so sei er wohl etwas hart gegen den Versailler Vertrag. Als einer der Urheber des Vertrages glaube Lloyd George, daß der Vertrag wirkungsvoller gewesen sei, als Poincaré zugeben wolle. Zum Beispiel sei die Frage der Entwaffnung sehr wichtig für Frankreichs Sicherheit, denn Deutschland habe 3378 Geschütze ausgehollert.

Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph schreibt: Der französische Ministerpräsident werde zweifellos den Eindruck gewonnen haben, daß alle Alliierten gegen einen oder mehrere Punkte seines Vorschlages seien. England wolle, daß Deutschland zahlte, und glaube, daß es unter dem vereinigten Druck der Alliierten zahlen werde, da es die Unterjochung Amerikas hinter sich habe, wenn ein maßvoller und praktischer Plan vorgelegt werde. Hieraus antworteten die Franzosen, Deutschland habe unethisch gehandelt und werde lebhaft durch Zwang oder Zwangsandrohungen zur Zahlung veranlaßt werden. Die Alliierten sind der Meinung, daß solange die Wiederherstellungsfrage und die Schuldenfrage flüchtig anstatt im ganzen behandelt würden, es schwer sein werde, zu einer Einigung zu gelangen.

### Poincaré und die deutsche Börse

In London stellt Herr Poincaré die wahrscheinlichsten Erpressungsforderungen gegen Deutschland auf und fordert u. a. 20 Proz. vom Besitz und Gewinn aller deutschen Aktiengesellschaften. Die Börse antwortet darauf mit einer hitzigen Haufe namentlich in Bergwerksaktien. Sie liefert damit wieder einmal den Beweis, daß der deutsche Kapitalismus dümm und gewissenlos ist.

### Die Ausweisung der Deutschen

Dem Journal wird aus Straßburg berichtet: Die ersten Ausweisungslisten sind von den Präfekten der drei Departements dem Oberkommissar in Straßburg mitgeteilt worden. Man erwartet jetzt nur noch den Befehl des Capi d'Oran, um den betroffenen Deutschen ihre Ausweisung mitzuteilen. Man glaubt, daß innerhalb 24 Stunden eine Entscheidung getroffen werde. Die Straßburger Liste enthält 150 Namen. Von den sechs Ausweisungen, die am Sonnabend erfolgt seien, hat man drei zurücknehmen müssen, weil sich nachträglich herausgestellt hat, daß es sich um fälschlich naturalisierte Franzosen handelte.

Paris, 8. August. Das Journal berichtet aus Straßburg, daß dort der Befehl eingetroffen sei, die ausgewiesenen Ausweisungen von Deutschen bis auf weiteres aufzuschieben. Nach dem Berichtslatter des Blattes hatte man für gestern abend den Beginn der Ausweisungen erwartet und für die Durchführung dieser Maßnahme bereits 50 Polizeikommissare bereit gestellt.

und Ersatz derselben durch Männer, deren Erziehung in einfachen, bürgerlichen Elternhäusern schon eine Gewähr geboten hätte. Daß der alte Geist des nützlichen Monarchismus, der das sicherste Erkennungszeichen byzantinischer Inflation ist, aus der Reichswehr verschwinde. Es ist ein Schwindel ohnegleichen, wenn von irgend jemand der Regierung vorgelegt wird, es gäbe keine demokratischen Offiziere. Sie wären hundertweise zu haben, freigesprochen, tüchtige Leute mit ausgeprägtem Denken und vorbildlichem Vorkämpfer. Was geschah aber in der Reichswehr? Der Adel und die ehemaligen aktiven Offiziere konnten sich nicht alle Offiziersstellen beschaffen, so daß heute mindestens 75 Prozent aller Reichswehroffiziere „reine Monarchisten“ sind, die auch die ihnen unterstellte Mannschaft in ihrem Sinne beeinflussen. In Bayern sind von den 6 Schwabener Offizieren fünf adelige, ehemalige Kammerjunker, Vagen oder Kadetten. Bei der Infanterie und Kavallerie ist das blaue Volkstum zwar nicht so stark vertreten. Dagegen aber nur ehemaliges Offiziersmaterial verwendet.

Im Ausland hält man uns nicht mit Unrecht für ein Volk von harten Narren. In Genf, Brüssel, Rom, Tokio und anderswo man sich im Kaffeehaus halb tot über die Mehrmacht der deutschen Republik, die heute jedem Soldaten mindestens jährlich 45000 M. in die Rippen wirft, aber dabei zugestehen muß, daß sie sich im Kampf nicht auf ihr eigenes Instrument verläßt.